

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

18
82

Union in Deutschland

Bonn, den 27. Mai 1982

Großdemonstration: Gemeinsam für Frieden und Freiheit



**5. Juni '82
in Bonn,
Hofgarten**

CDU
II
sicher
sozial
und frei

■ INFORMATION

CDU/CSU begrüßt Entscheidung über den EG-Agrarpunkt

Die CDU/CSU bedauert, daß trotz monatelanger Verhandlungen und großer Kompromißbereitschaft auf Seiten der Neun und der Kommission kein Einvernehmen über die europäischen Agrarpreise mit Großbritannien erzielt worden ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, daß der Agrarministerrat mehr als sechs Wochen nach Ablauf der dafür vorgesehenen Frist endlich auf Vorschlag der Kommission eine Mehrheitsentscheidung ge-

troffen hat. Dies war im Interesse der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung mehr als überfällig. Jedes andere Verhalten hätte eine Selbstblockade der Europäischen Gemeinschaft bedeutet und ihre Handlungsfähigkeit in Frage gestellt. Die Union erwartet, daß sich Großbritannien an diesen rechtlich verbindlichen Beschuß hält und seine Mitarbeit in der Gemeinschaft entsprechend der Verträge fortsetzt, stellt MdB Carl Otto Lenz fest.

Bundestagsfraktion lehnt Benachteiligung der Beamten ab

Die Verzögerung der Besoldungserhöhung 1982 für die Beamten durch Bundesinnenminister Baum bezeichnete der für Beamtenfragen zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Broll, als ein Affront gegen die Beamten. Die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst haben aufgrund des Tarifabschlusses vom 1. Mai 1982 an eine Gehaltserhöhung von 3,6% erhalten. Es ist unerfindlich, weshalb Herr Baum den Beamten diese Erhöhung vorenthält und die Vorlage des Gesetzentwurfs immer wieder hinauszögert. Mit dieser Hinhaltetaktik hat es der Bundesminister erreicht, daß die Gesetzesinitiative vor der Sommerpause weder im Bundesrat noch im Deutschen Bundestag verabschiedet werden kann. Das bedeutet, daß über die Besoldungserhöhung 1982 abschließend frühestens Ende Herbst 1982 entschieden werden kann.

Die CDU/CSU lehnt diese Benachteiligung der Beamten strikt ab. Diese Berufsgruppe steht treu und loyal zu unserem Staat. Sie darf nicht noch für dieses Wohlverhalten bestraft werden, nur weil den Beamten die notwendigen Kampf- und Druckmittel gegenüber dem öffentlichen Arbeitgeber fehlen. Der Bundesinnenminister wird deshalb aufgefordert, den Gesetzentwurf

Geänderte Sonderzugabfahrten

(Siehe UiD 17/82, Seite 14—16)

Sonderzug 6

geänderte Abfahrtszeiten ab Bonn

Bonn Hbf.	ab 16.00 Uhr
Boppard	16.48 Uhr
St. Goar	16.59 Uhr
Oberwesel	17.05 Uhr
Bingerbrück	17.19 Uhr
Mainz Hbf.	an 17.47 Uhr

Sonderzug 7

ab Oppenheim mit Eilzug 3119 nach Mainz

Oppenheim	ab 6.10 Uhr
Mainz	an 6.58 Uhr

in Mainz umsteigen in Sonderzug 7; auf der Rückfahrt Halt in Oppenheim.

Sonderzug 12

zusätzlicher Halt in Achern

Achern	ab 7.57 Uhr
--------	-------------

Sonderzug 21 ersetzt gestrichen

Sonderzug 23 ersetzt gestrichen

Sonderzug 24 Einsatzbahnhof jetzt Gelsenkirchen

Sonderzug 33 ersetzt gestrichen

Helmut Kohl: Das Schießen beenden

„Der Krieg auf den Falkland-Inseln zeigt, wie zerbrechlich der Frieden ist“, erklärte Helmut Kohl am Montag, dem 24. Mai, vor dem Präsidium in Bonn. Die völkerrechtswidrige Besetzung der Inselgruppe durch Argentinien habe den militärischen Konflikt ausgelöst. „Unsere Solidarität gehört den britischen Verbündeten. Daran kann es keinen Zweifel geben.“ Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland auch zu Argentinien traditionell gute Beziehungen unterhalte und viele Deutsche dort eine neue Heimat gefunden hätten. „Wir fordern beide Seiten auf, alles zu tun, um die Kämpfe zu beenden. Nur wenn das Schießen aufhört, kann eine für beide Völker tragbare Lösung erreicht werden.“

Aber nicht nur im Südatlantik auch in Afghanistan, in Kambodscha sowie im Grenzgebiet zwischen dem Irak und dem Iran werde gekämpft. Diese Konflikte drohten in Vergessenheit zu geraten. „Wir Deutsche, die seit Konrad Adenauer auf die Anwendung von Gewalt verzichtet haben, müssen jetzt dazu beitragen, das internationale Instrumentarium zur friedlichen Lösung von Konflikten zu verbessern. Ein Versagen der Politik und der Diplomatie wie im Falklandkonflikt und den anderen kriegerischen Auseinandersetzungen darf sich nicht wiederholen.“

Zum Stand der innerdeutschen Beziehungen erklärte Helmut Kohl, solange die DDR-Führung nicht bereit sei, die Erhöhung des Zwangsumtauchs für Besucher aus dem Westen rückgängig zu machen, seien wirtschaftliche Leistungen der Bundesrepublik Deutschland, wie die Beibehaltung der jetzigen günstigen Kreditbedingungen im Rahmen des sogenannten Swing, nicht zu rechtfertigen. Helmut Kohl warnte die Bundesregierung davor, diesen von ihr selber früher hergestellten Zusammenhang jetzt unter dem Druck Ost-Berlins aufzugeben.

umgehend im Bundesrat einzubringen, damit auch die Beamten alsbald in den Genuss der Besoldungserhöhung für das Jahr 1982 kommen.

Bundesregierung gibt keine Auskunft über Stärke der DDR-Grenztruppen

Zu der völlig unzureichenden Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betr. Sicherheit der innerdeutschen Grenzgebiete (Bundestags-Drs. 9/1634) erklärt der für Fragen der inneren Sicherheit zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim Jentsch: Die Antwort ist beschämend. Die Bundesregierung ist nicht bereit, die deutsche Öf-

fentlichkeit über das Ausmaß der Bedrohung der Sicherheit an der innerdeutschen Grenze durch die DDR zu unterrichten. Die Bundesregierung hat sich trotz konkreter Fragen geweigert, die Zahl der an der Grenze stationierten DDR-Grenztruppen und die tatsächliche Zahl der dort tätigen BGS-Beamten zu nennen. Die Behauptung, an der Grenze seien 16 BGS-Einsatzeinheiten mit je ca. 560 Beamten (Soll-Stärke) eingesetzt, ist eine Zumutung. Zum einen sind unmittelbar an der Grenze so viele BGS-Einheiten nicht stationiert, zum anderen ist allgemein bekannt, daß die tatsächliche Zahl der dort tätigen Beamten weit unter der Soll-Stärke liegt und in der Regel noch nicht einmal die Hälfte beträgt.

50 Millionen für die DKP

Die moskautreue Deutsche Kommunistische Partei (DKP) soll allein im vergangenen Jahr „weit über 50 Millionen Mark“ aus Ost-Berlin bekommen haben. Davon geht jedenfalls die nordrhein-westfälische Landesregierung in ihrem jüngsten Bericht über den Rechts- und Linksextremismus aus. Die DKP mit ihrer Bundeszentrale in Düsseldorf habe ihre Position als stärkste linksextreme Gruppierung mit nahezu 40 000 Mitgliedern behaupten können. Der Parteiführung sei es zudem gelungen, die nach der Bundestagswahl 1980 teilweise einsetzende Resignation in der Mitgliedschaft „durch innerparteiliche Kampagnen und durch eine Konzentration ihrer Agitation und Propaganda auf die aktuelle Thematik des ‚Friedenskampfes‘, der Hausbesetzungen und der ‚Rotstiftpolitik‘ weitgehend zu überwinden“. Im gesamten linksextremen Bereich gab es nach Einschätzung der NRW-Regierung in 1981 keine wesentlichen Änderungen. Die Mitgliederzahl aller kommunistischen Gruppierungen wird bundesweit auf 111 000 geschätzt.

Europäische CDU/CSU-Arbeitskreise gegründet

Am 6. Mai konstituierte sich der CDU- und CSU-Freundeskreis in Luxemburg. Vorsitzender wurde Dr. Manfred Peter (39). In der darauffolgenden Woche, am 12. Mai 1982 wurde der einzige und alleinige CDU- und CSU-Verband Brüssel konstituiert. Vorsitzender ist Hanns Werner Dahl (43).

Benachteiligung der Frauen abbauen

Die Europa-Sektion der Frauen der CDU/CSU diskutierte unter Vorsitz von Marlene Lenz, MdEP, am 20. Mai 1982 in Bonn das Aktionsprogramm der Europäischen Ge-

meinschaft zur Förderung der Chancengleichheit der Frauen. Die Sektion begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission als Wegbereiter und Neuerer auf dem Gebiet des Abbaus von Benachteiligungen von Frauen. Besonders die im Programm vorgeschlagenen Aktionen zu

— Anwendung der Gemeinschaftsrichtlinien auf dem Gebiet der Gleichbehandlung von Männern und Frauen

— Vorbereitung ergänzender Rechtsvorschriften und Ausdehnung auf neue Bereiche

— Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

sind geeignet, zu konkreten Verbesserungen in den Mitgliedstaaten zu führen.

Die Europa-Sektion der Frauen der CDU/CSU fordert daher den Rat der Europäischen Gemeinschaften auf, diese Maßnahmen in ihren jeweiligen Bereichen in Angriff zu nehmen und umzusetzen. Sie fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, die Frauenarbeitslosigkeit zu be seitigen und die soziale Sicherung für alle Frauen zu verbessern.

250 000 haben umsonst Blut gespendet

Hunderttausende von Bundeswehrsoldaten haben umsonst Blut gespendet, weil man daraus hergestelltes Albumin-Pulver beim Wehrmedizinischen Institut in Koblenz schlachtweg „vergammeln“ ließ. In Koblenz sind von 1970 bis 1981 über 300 000 Blutspenden eingegangen und daraus maximal 55 000 Flaschen Plasma-Protein-Lösung hergestellt worden. 250 000 Blutspenden waren umsonst. Mit ihrer Hilfe hätte der Verteidigungsvorrat aufgefüllt werden können. Laut Antwort der Bundesregierung hat „die im wesentlichen im personellen Bereich begründete Verzögerung zu entsprechenden Konsequenzen geführt“.

■ SPD-STRATEGIE

Schmidt mißbraucht Außenpolitik zu wahlaktischen Zwecken

Die im „Spiegel“ vom 17. Mai 1982 im Wortlaut veröffentlichte und von Regierungssprecher Bölling positiv gewürdigte Studie des Bundeskanzleramtes ist ein außen- und innenpolitischer Skandal ersten Ranges. Die CDU/CSU wird ihn keinesfalls auf sich beruhen lassen, sondern im Plenum des Bundestages noch zur Sprache bringen.

Die Studie schafft neue Ungewißheiten im Bündnis über den künftigen Kurs der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alois Mertes. In Moskau und Ost-Berlin muß sie neue Hoffnungen wecken, die Bundesrepublik Deutschland auf Dauer psychologisch und politisch von Amerika zu entfremden. Die Studie erniedrigt die außen- und sicherheitspolitischen Lebensfragen unseres Volkes zu einem Instrument innenpolitischer Taktik. Sie agiert heimtückisch gegen alle Verantwortlichen unseres Landes, die für einen breiten Konsens der Festigkeit und Berechenbarkeit eintreten. Die Studie fordert Bundeskanzler Schmidt zu drei Zielen auf:

- 1 Ein Ende der weitgehenden Gemeinsamkeit zwischen Opposition und Regierung in den Fragen der Sicherung des Friedens und unserer Freiheit, wie sie zwischen der CDU/CSU-Opposition und Außenminister Genscher seit dem NATO-Doppelbeschuß besteht und zunimmt.
- 2 Ein deutsch-amerikanischer Konflikt — über den Inhalt wirklicher Entspannung

— über den Grad der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten

— über die angebliche Gefährdung besonderer deutscher Interessen durch die USA.

③ Eine Unterordnung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes unter die Koalitions- und Wahlstrategie der SPD, die ihrerseits gerade in den Fragen verantwortlicher Abrüstungspolitik und wirklicher Entspannung tief gespalten ist.

Bundeskanzler Helmut Schmidts peinliches Selbstlob, er habe die Großmächte an den Verhandlungstisch gezwungen, verrät deutlich zwei schwerwiegende Differenzpunkte mit Außenminister Genscher:

— Genscher wendet sich gegen eine sachliche und auch gegen eine verbale Äquidistanz der Bundesrepublik Deutschland zu den beiden Großmächten. Schmidt hingegen fördert den Trend der SPD, zumindest verbal. Diese Entwicklung schwächt die ethischen und politischen Grundlagen des Bündnisses als Wertegemeinschaft. Hinzu kommt Schmidts doppelzüngige Methode: Im kleinen Kreis würdigt er die konstruktive Haltung der CDU/CSU in der Außen- und Sicherheitspolitik; nach außen macht er die CDU/CSU schlecht und signalisiert damit die Wahlagitation für 1984.

— Genscher hebt in Übereinstimmung mit dem Luxemburger NATO-Kommuniqué hervor, daß eine Politik erforderlich ist, die zu wirklicher Entspannung führt

(im Unterschied zu offenkundiger Scheinentspannung). Schmidt hingegen ebnet zusammen mit Brandt den entscheidenden Unterschied zwischen wirklicher Entspannung und scheinbarer Entspannung bewußt ein. Damit will die SPD die Tatsache verdunkeln, daß Moskau mit „Entspannung“ etwas völlig anderes will als der Westen, nämlich Unterdrückung und Übergewicht statt Menschenrecht und Gleichgewicht.

Schmidt bevorzugt die nebelhafte Scheinfriedenssprache Brandts gegenüber einer Friedenssprache, die auf Klarheit und Offenheit und damit Berechenbarkeit Wert legt. Mit dem Begriff „Sicherheitspartnerschaft“ betreibt Schmidt eine semantische Irreführung, in der er zur Kennzeichnung unseres Verhältnisses zu dem unschützenden Amerika dasselbe Wort verwendet, wie zu der uns bedrohenden Sowjetunion. Dahinter steckt Methode.

Die Bundesregierung kann dem Auswärtigen Amt nicht zumuten, angesichts dieser offenen Auseinandersetzung über den Regierungskurs den Auswärtigen Ausschuß über ihre Haltung im unklaren zu lassen. Die CDU/CSU erwartet, daß Außenminister Genscher dem Auswärtigen Ausschuß Rede und Antwort über die derzeitigen Weichenstellungen der deutschen Bündnis- und Ostpolitik steht.

Einen entsprechenden Antrag habe ich namens der CDU/CSU-Fraktion an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gerichtet.

Die CDU/CSU wird in Kürze auch im Plenum die offenkundigen Risse zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt zur Sprache bringen. West und Ost haben Anspruch auf eine berechenbare Außenpolitik. Genau sie aber besteht nur noch dem Schein nach; in der Wirklichkeit nicht mehr. Die Krise der SPD darf nicht zur Katastrophe der deutschen Außenpolitik führen.

Schmidt hat in den letzten Wochen unter Beweis gestellt, daß er weder den Willen noch die Kraft zu einer eigenen Konzeption der Außenpolitik besitzt, sondern im wesentlichen den Ratschlägen der Konfrontations- und Konfliktstrategen aus SPD-Baracke und Kanzleramt folgt, stellt MdB Philip Jenninger fest. Dies dürfte aus den genannten Gründen auch so bleiben. Damit zieht — angesichts der klaren Haltung der USA, aber auch angesichts wachsender Zweifel in Paris, London und Rom an der Bonner Politik — eine schwere Krise der NATO herauf. Es wird sich bereits mittelfristig die Frage nach der Vereinbarkeit von Ostpolitik und Allianzpolitik stellen.

Mit anderen Worten: wenn die Fortführung der bisherigen „Entspannungs-“ und Ostpolitik mit der Bündnispolitik innerhalb der NATO nicht mehr zur Deckung zu bringen ist, werden hieraus zwei verschiedene außenpolitische Optionen der Bundesrepublik Deutschland, zwischen denen entschieden werden muß. Damit wäre — zumindest intellektuell und konzeptionell — der Punkt erreicht, von dem die CDU/CSU seit Jahren befürchtet hat, daß er das logische und zwangsläufige Resultat des Brandtschen Ansatzes der Ostpolitik sein werde. Dies ist im übrigen auch genau jener Punkt, vor dem Henry Kissinger bereits 1969 gewarnt hat.

Bei der gegenwärtigen Diskussion innerhalb der Bundesregierung geht es daher nicht um Worte und Nuancen, sondern um substantielle Fragen und weitreichende Entscheidungen. Nach außen zeigt sich das in der Tatsache, daß die Verantwortlichen ihre Stäbe im Kanzleramt beziehungsweise im Auswärtigen Amt in genügender Richtung planen lassen.

Die FDP steht in den kommenden Monaten also nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch in der Sicherheits-, Bündnis- und Ostpolitik vor einem Test ihrer politischen Glaubwürdigkeit. Sie wird sich diesem Test öffentlich zu unterziehen haben.

■ EAK-BUNDESTAGUNG

Christen wissen: Wir haben eine Zukunft

Die Jahre des „Immer besser — immer mehr“ der großen visionären Zukunftsentwürfe sind zu Ende. In dieser Situation blicken viele Menschen mit Angst in die Zukunft, breiten sich spürbar Resignation und Depression aus. Mit seiner 25. Bundestagung hat der Evangelische Arbeitskreis deshalb ein Thema aufgegriffen, das die Menschen unmittelbar berührt. Es war nicht nur Ziel der Tagung, die konkrete Situation nüchtern zu analysieren, sondern auch nach Wegen zu suchen, die Hoffnung und einen Neuanfang bieten können.

Kirche und Politik befinden sich bei der Gestaltung der Zukunft in gemeinsamer Verantwortung für den Menschen. Dem theologischen Abendgespräch, das traditionell am Vorabend der EAK-Bundestagungen steht, kam deshalb eine besondere Bedeutung zu. Es wurde zum Thema „Kirche und Politik im Dialog: Was uns verbindet — Was uns trennt“ geführt zwischen dem hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Helmut Hild und dem rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten Albrecht Martin. Wenn auch dieses Gespräch in brüderlichem Geist geführt wurde, so wurden doch auch die Schwierigkeiten, die evangelische Kirche und CDU gelegentlich miteinander haben, nicht verschwiegen.

Kirchenpräsident Hild führte die Irritation, die manchmal zwischen beiden auftritt, wesentlich auf das „C“ im Namen der CDU zurück. Hierdurch werde der Anspruch

auf eine Politik aus christlicher Verantwortung permanent manifestiert, Kirche und CDU zwangsläufig immer wieder aufeinander bezogen, was insbesondere in Gewissensfragen immer wieder zu Reibungsflächen führe.

Martin unterstrich das Recht der Kirche, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, artikulierte aber auch die Sorge des EAK, daß sich kirchliche Gruppen zunehmend an Gruppen anschließen, deren Ursprung sicher nicht in biblisch begründeten Vorstellungen liegt. Dadurch würden deren Positionen gleichsam nachträglich vom Evangelium her gerechtfertigt. Dies führe zu einem immer stärker werdenden Engagement kirchlicher Gruppen in tagespolitischen Fragen. Martin wies auf die Gefahr hin, daß dadurch Kirche auch immer mehr der Relativität dieses Bereiches unterliege und schließlich die Fähigkeit verlieren kann, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen: mit moralischer Autorität Orientierung zu geben unter Bezug auf das Absolute — die Lehren und Gebote Gottes.

Den Hauptvortrag zum Tagungsthema hielt der wiedergewählte Bundesvorsitzende Prof. Roman Herzog. Mit Nachdruck wandte er sich gegen das modisch gewordene Angstgerede. Dabei stellte Herzog nicht in Abrede, daß es objektive Gefährdungen der Menschheit gebe, die nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind wie die Bedrohung durch atomare Rüstung, die großen Probleme der hohen Technisierung oder der Umweltfolgen dieser Technisierung. Aber Herzog wies auch mit Nachdruck darauf hin, daß es Aufgabe

einer zukunftsorientierten Politik sei, diese Probleme mit Nüchternheit und Realismus zu lösen. Dazu gehöre, so Herzog, sicher ein radikaler Abbau der Bürokratisierung unseres Lebens, in der die Freiheit erstickt werde. Dazu gehöre aber auch, daß die öffentlichen Haushalte saniert werden. Dies sei eine im höchsten Maße moralische und ethische Frage. Dabei gehe es nicht nur darum, die Haushalte in Ordnung zu bringen, sondern sie soweit zurückzuschrauben, daß auch kommenden Generationen die Möglichkeit von Zuwächsen in den Haushalten und damit eigener Gestaltung ihres Lebens gegeben werde.

Höhepunkt und Abschluß der Bundestagung war der Vortrag des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Er erklärte, Angst sei eine Realität, aber „sicherlich ein schlechter Ratgeber“. Das Thema des Kongresses, der Versuch, den Menschen Zukunftshoffnungen zu geben, sei deshalb hochaktuell. Auf den Falkland-Krieg eingehend, betonte er, die CDU stehe „voll in der Solidarität zu Großbritannien“. Gerade diese eindeutige Haltung gebe ihr aber auch das Recht, gleichzeitig zu fordern: „Beendet das Schießen und kehrt zum Frieden zurück.“ Die CDU werde es an keiner Stelle der Welt kritiklos hinnehmen, daß Menschenrechte verletzt würden — „egal, ob rechte oder linke Militärdiktaturen dieses Recht brechen“. Deshalb werde man es auch in Afghanistan „nicht zulassen, daß über diesen Völkermord der Zeitgeist hinweggeht“. Diese, wie die anderen bewaffneten Konflikte, z. B. zwischen dem Iran und dem Irak sowie das Kriegsrecht in Polen würden zeigen, daß der Frieden nicht sicherer geworden ist. Er unterstützte deshalb die Initiative von US-Präsident Reagan, weltweit zu wirksamer Entspannung und Abrüstung zu kommen.

In diesem Zusammenhang beschäftigte sich Kohl ausführlich mit Wesen und Auftrag des westlichen Bündnisses. Die NA-

TO sei zuerst eine Wertegemeinschaft zur Durchsetzung von Demokratie und freiheitlicher Prinzipien. Erst deren Bedrohung von außen mache sie zu einem Vertheidigungsbündnis. Diese Verbindung gelte es deutlicher herauszustellen als bisher, meinte der CDU-Vorsitzende.

„Für uns ist Friede immer Friede in Freiheit — beides zusammen“, unterstrich Kohl. Die Deutschen hätten dies erkannt und seien heute in ihrer riesigen Mehrheit eine Friedensbewegung. Er beobachte mit Sorge den Versuch von Teilen der „Friedensbewegung“, das Volk künstlich aufzuspalten in Friedensfreunde und -gegner; denn äußerer Friede sei nicht vorstellbar ohne den inneren Frieden im Lande.

Im Bereich der Innenpolitik warf Kohl der Bundesregierung schwere Versäumnisse vor. Sie verschleppe viele Probleme, verschärfe sie dadurch. So müsse man in der Ausländerfrage menschlich verständliche Lösungen jetzt suchen. Auch in der Haushalts- und Finanzpolitik sei es höchste Zeit, eine Neuorientierung vorzunehmen. Bund, Länder und Gemeinden müßten Abstand nehmen von überzogenen Vorstellungen und zu einer Sanierung der öffentlichen Haushalte gemeinsam beitragen. Solche Politik bedinge Wahrhaftigkeit in den Aussagen. Dazu gehöre auch, deutlich zu sagen, daß Arbeitszeitverkürzungen „derzeit keine Chance“ hätten. Alles andere sei „Volksbetrug“.

Bei den notwendigen Einsparungen werde die Union jedoch darauf achten, daß diese nicht einseitig zu Lasten bestimmter Gruppen gehen, betonte Kohl. Er verwies dabei auf das Sparkonzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in dem auch eine fünfprozentige Kürzung aller Subventionen vorgesehen sei. Mehr Bescheidenheit in der Politik sei notwendig, um kommenden Generationen nicht ihre politischen Gestaltungschancen zu nehmen.

■ KOALITION

Eppler nicht mehr im SPD-Präsidium

Im SPD-Parteipräsidium sitzt kein Repräsentant des linken Parteiflügels mehr: Erhard Eppler ist nicht mehr in das höchste Gremium seiner Partei gewählt worden, in dem er seit 1973 gesessen hat. In einer Kampfabstimmung unterlag er im 40köpfigen Parteivorstand seinen Konkurrenten Egon Bahr und Hans Jürgen Wischniewski. Eppler erklärte, er könne gut mit seiner Nichtwahl leben. Die andere Frage sei, wie gut die Partei dies könne. Sein Einfluß auf die Partei und auf die Öffentlichkeit sei von Posten und Positionen unabhängig.

Die Jungsozialisten haben die Abwahl Epplers aus dem Präsidium als „Zeugnis politischer Armut“ kritisiert. „Während Politiker wie Bahr und Eppler die wenigsten Stimmen erhielten, wurden Spezialisten für Dachlatten und Beton auf Anhieb gewählt“, heißt es in einer Stellungnahme des Juso-Bundesvorstandes. Die Anspielung „Dachlatten und Beton“ zielt auf Holger Börner: der ehemalige Betonfacharbeiter hatte vor einigen Tagen Aufsehen mit der ihm zugeschriebenen Bemerkung erregt, nur sein hohes Staatsamt hindere ihn daran, gewalttätigen Störern bei Demonstrationen „selbst eines in die Fresse zu hauen. Früher auf dem Bau hat man solche Dinge mit Dachlatten erledigt.“

Vertrauensverlust ist Schuld von SPD und FDP

Zu dem durch eine Infas-Umfrage, die das nordrhein-westfälische Sozialministerium in Auftrag gegeben hatte, ermittelten Vertrauensverlust der jungen Menschen gegenüber der Politik und den Politikern erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe

für Jugend, Familie und Gesundheit, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kroll-Schlüter: Diese Erkenntnis kann niemanden verwundern, angesichts der Politik unserer derzeitigen Bundesregierung. Dauernde Versprechungen, die nicht eingehalten werden (können), tragen sicher nicht dazu bei, jungen Menschen Vertrauen in die Politik und Hoffnung für die Zukunft zu geben. Wer seine Politik nur an Wahlterminen orientiert und die Menschen durch Versprechungen täuscht, die nicht eingehalten werden können, — wie die SPD und FDP — setzt zwangsläufig seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen junger Menschen auf die politisch Verantwortlichen kann nur wieder hergestellt werden, wenn nur das versprochen wird, was auch gehalten werden kann und wenn das auch gehalten wird, was versprochen wurde.

Bundesregierung vernachlässigt Katastrophenschutz

Zur Beantwortung seiner schriftlichen Fragen bezüglich medizinischer Vorsorge im Verteidigungsfall durch die Bundesregierung erklärt der Abgeordnete Hans-Joachim Jentsch: Die Antwort der Bundesregierung macht deutlich, daß sie sich von der bisherigen Zivilverteidigungskonzeption abzusetzen beginnt. War es bislang unbestrittenes, leider nicht in die Wirklichkeit umgesetztes Programm, für den Verteidigungsfall auch die medizinische Versorgung sicherzustellen, so macht sie nun Einschränkungen. Dies geschieht offensichtlich unter dem Eindruck der Kampagne aus Ärztekreisen unter der Parole „Ärzte gegen Atomraketen“. Anstatt nachhaltig die Notwendigkeit medizinischer Vorsorge zu unterstreichen, stimmt sie in das Lied ein, wonach es Formen kriegerischer Auseinandersetzungen gibt, näm-

lich den totalen Atomkrieg, in dem der Zivilschutz wenig bewirken kann. Medizinischer Katastrophenschutz ist keine Lebensversicherung gegen jede militärische Eventualität. Und dennoch ist er für Friedenszeiten im Verteidigungsfall nötig.

Loch läßt sein Amt in FDP-Landesvorstand ruhen

Das Landesvorstandsmitglied der Berliner FDP, Loch, das im Zusammenhang mit seinem beruflichen Verhalten als Rechtsanwalt kritisiert worden ist, will sein Amt zunächst nicht weiter ausüben. Wie die Pressestelle der Berliner FDP mitteilte, hat Loch erklärt, er werde sein Amt als Beisitzer so lange nicht ausüben, bis die gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Verdächtigungen ausgeräumt seien. Gegen Rechtsanwalt Loch, der dem linken Flügel der Berliner FDP angehört, wird staatsanwaltschaftlich wegen des Verdachts der Veruntreuung von Mandantengeldern ermittelt.

Niederlage für Hansen

Der aus der SPD ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Hansen ist in Nordrhein-Westfalen mit dem Versuch gescheitert, einen Landesverband der geplanten neuen Linkspartei „Demokratische Sozialisten“ (DS) zu gründen. Bei einem Treffen in Wuppertal konnten die DS-Anhänger sich weder auf Statuten noch auf Thesen und Ziele einigen und beschlossen, auch angesichts des ungeklärten Verhältnisses zu den Grünen, die Gründungsentscheidung um zunächst ein Jahr zu verschieben. In Bayern, Hessen, Bremen und Berlin sind die Vorbereitungen jedoch weiter gediehen, so daß die „Demokratischen Sozialisten“, bei denen auch der aus der SPD ausgetretene Bundestagsabgeordnete Coppik mitwirkt, an ihrem Ziel festhalten, am 17. Juni eine Bundespartei ins Leben zu rufen.

Unwahre Behauptung

Zur Behauptung von Annemarie Renger im SPD-Pressedienst, Haushaltspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätten die Streichung des Mutterschaftsurlaubs beantragt, um 1,3 Mrd. DM zu sparen, erklärt der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuß, Bernhard Friedmann. Die von den SPD-Politikerinnen Renger, Huber, Timm und Lepsius aufgestellte Behauptung ist unwahr. In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses am 12. Mai 1982 habe ich die Bundesregierung lediglich nach zwei Ausschußvorlagen der Regierung zur Finanzierung des Mutterschaftsgeldes gefragt und um Aufklärung über den Sachstand gebeten. Dies als Forderung nach einer Streichung des Mutterschaftsurlaubs auszugeben, ist eine Verdrehung.

In der Sache geht es darum, daß die Bundesregierung seit Anfang des Jahres nicht mehr in der Lage ist, für in Mutterschaftsurlaub befindliche Frauen Beiträge an die Renten- und Krankenversicherung zu zahlen.

Anke Fuchs: Drohungen machen noch keine Politik

Ein falsches Bild von ihrer Tätigkeit scheint die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Anke Fuchs, zu haben, wenn sie glaubt, mit Drohungen die Jugendarbeitslosigkeit beseitigen zu können. Die Androhung einer Ausbildungsabgabe ist kurzsichtig. Frau Fuchs sollte lieber erfolgversprechende Aktivitäten entwickeln, die der Jugend wieder echte Hoffnung geben. Mit Drohungen kann man keine Politik machen, zumindest keine, die den betroffenen Jugendlichen glaubwürdig erscheint. Wir fordern Frau Fuchs auf, nicht schon wenige Tage nach Aufnahme ihres neuen Amtes die Fehler ihrer Vorgängerin fortzusetzen, erklärte MdB Hermann Kroll-Schlüter.

■ DGB-KONGRESS

Die Union bietet der neuen Führung Sachliche Gespräche an

Zwischen dem DGB und der Union hat sich ein offen-sachliches Verhältnis entwickelt. Auf dem 12. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB vom 16. bis 22. Mai 1982 in Berlin wurden die Aussagen von Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß mit Respekt aufgenommen. Die Geschäftsberichte der CDU-Mitglieder im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Maria Weber und der wieder gewählten Irmgard Blättel, fanden die ungeteilte Anerkennung der Delegierten.

Bei den Wahlen wurde der Gedanke der Einheitsgewerkschaft deutlich verstärkt. Gustav Fehrenbach, bisher stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, wurde als Nachfolger von Maria Weber mit 457 von 521 Stimmen zum stellvertretenden DGB-Vorsitzenden gewählt. Irmgard Blättel wurde mit 450 von 521 Stimmen erneut in den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand gewählt. Beide gehören der CDU und der CDA an. Helmut Kohl machte in seiner Gasterede als CDU-Vorsitzender das Angebot, mit dem neuen Vorstand möglichst bald über konkrete Schritte zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu sprechen. Er sagte: „Wenn die Arbeitnehmer und ihre Organisationen zugunsten notwendiger Investitionen auf einen Teil des möglichen Einkommenszuwachses verzichtet haben, dann ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um erneut darüber nachzudenken, was man tun kann, um sie an den Investitionen

zu beteiligen.“ Helmut Kohl erinnerte an die zahlreichen Initiativen der Union zur Vermögensbildung und fügte hinzu: „Ich behaupte nicht, daß diese Vorschläge der Weisheit allerletzter Schluß sind. Aber wir haben bisher dazu keine Alternativen gesehen.“

Mit Beifall nahmen die Delegierten die Ausführungen von Helmut Kohl zum Thema Arbeitslosigkeit auf: „Ich halte es für die schlimmste Anklage gegen eine Gesellschaft, wenn für junge Leute der erste Schritt aus der Welt des Kindes in die des Erwachsenen ein Schritt in die Welt der Arbeitslosigkeit ist. Wir müssen gemeinsam versuchen, in vernüftiger Weise dafür zu sorgen, daß jeder, der arbeiten will, auch Arbeit findet. Dies ist das wichtigste Ziel deutscher Innenpolitik.“

Der CDU-Vorsitzende drückt seine Überzeugung aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung nur dann wieder aufwärts gehe, „wenn investiert wird und wenn auch der Anreiz für Investitionen gegeben wird“. Eine Finanzierung von Investitions-Anreizen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehne die Union ab: „Sie trifft vor allem den Arbeitnehmer und die kinderreiche Familie. Und sie kommt, wie wir fürchten, vor allem jenen Betrieben zugute, die ohnedies investieren, aber nicht jenen breiten Kreisen der mittelständischen Wirtschaft, die in den letzten Jahren mit über 12 000 Konkursen in einer besonderen Weise die Zeche bezahlt haben.“

Zum Thema Verkürzung der Lebensarbeitszeit hob Helmut Kohl die Vorschläge verschiedener DGB-Gewerkschaften hervor und erklärte: „Wenn die Tarifpartner

hier neue Wege gehen wollen, sind wir grundsätzlich bereit, in die notwendigen Gespräche mit ihnen einzutreten.“ Für die Union stehe aber fest, daß eine Senkung der flexiblen Altersgrenze mit entsprechenden versicherungsmathematischen Abschlägen verbunden sein müsse. „Sonst kommen wir in die unmögliche Lage, daß der 64jährige Arbeitnehmer dem 60jährigen Rentner seine Bezüge mitbezahlt.“

Zum Verhältnis zwischen DGB und Union sagte Helmut Kohl: „Wir verlangen nicht, vom DGB mit Samthandschuhen angefaßt zu werden. Wir sind auch nicht sonderlich verwöhnt. Wir verlangen und erwarten eigentlich nur, daß alle demokratischen politischen Parteien mit derselben Elle gemessen werden.“ Er dankte den ausscheidenden Mitgliedern des DGB-Bundesvorstandes für die faire Zusammenarbeit. „Wir haben nicht nur übereinander gesprochen, sondern wir haben mehr miteinander gesprochen. Ich hoffe, daß wir dies auch in Zukunft so halten.“

Die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung bildete auch einen Schwerpunkt in der Gast-Rede des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Franz-Josef Strauß: „Ich bin kein Gegner von Beschäftigungsprogrammen. Aber ich halte nichts von Mogeliketten. Es ist sehr problematisch, durch Entzug von Geld aus dem Kreislauf der Wirtschaft, Umverteilung über einen Berg von Formularen hinweg und dann wieder Zuwendung auf dem Wege einer Investitionszulage das Problem wirklich lösen zu wollen.“ Deshalb habe Bayern auch der Investitionszulage nicht zugestimmt. Strauß kritisierte, daß sich die Bundesregierung unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl „ohne Absprache, ohne Information und ohne Verständigung“ aus der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern zurückgezogen habe. „Daß hier der Bund auf einmal wegen einer sich seit Jahren abzeichnenden Situation nicht mehr in der Lage war, seine 50% zu leisten, hat zu einem tiefen Einbruch in der Beschäfti-

gungslage geführt.“ Eine Rückkehr der Bundesregierung zur Finanzierung dieser Gemeinschafts-Investitionen „wäre das beste Beschäftigungsprogramm“, sagte Franz-Josef Strauß.

Er bekannte sich „zur inneren und äußeren Gewerkschaftsfreiheit als Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft und damit unserer freiheitlichen Ordnung überhaupt“. Zu immer wieder auftauchenden Berichten über angebliche Gedankenspiele der CSU machte Strauß deutlich, „daß zu keinem Zeitpunkt jemals auch nur die leiseste Absicht, der mindeste Gedanke bestand, eine Konkurrenzgewerkschaft zu gründen, noch sind gar irgendwelche Vorbereitungen dazu getroffen worden“. Unter Hinweis auf seine 37jährige politische Tätigkeit fügte er hinzu: „Ich hielte ein solches Unterfangen für reinen Unsinn. So lange ich Vorsitzender dieser Partei bin, wird es nicht auch nur einen Millimeter Entwicklung in diese Richtung geben.“ Die Delegierten des DGB-Kongresses nahmen diese Klarstellung mit deutlichem Beifall auf.

Auf einem Empfang der CDU hat der stellvertretende CDU-Vorsitzende und CDA-Vorsitzende Norbert Blüm, der wie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler als Gast am DGB-Kongreß teilnahm, der scheidenden stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Maria Weber für ihre Arbeit gedankt. Er nannte sie eine „Elisabeth Courage“, die aus christlicher Nächstenliebe unerschrocken für die Interessen der Arbeitnehmer gefochten habe. Die Einheitsgewerkschaft müsse sich nicht nur in der Tagesspolitik, sondern auch personell beweisen, sagte Blüm. Er würdigte als ein bleibendes Verdienst von Maria Weber, daß sie durch die Förderung christlich-sozialer Nachwuchskräfte im DGB den Gedanken der Einheitsgewerkschaft gefestigt habe.

Auch dem scheidenden DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter, der neben zahlreichen Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften an dem CDU-Empfang teilnahm, dankte Norbert Blüm: „Tagesbeifall ist so

flüchtig wie Tagespifffe. Es zählt, was vor der Geschichte Bestand hat. Ich bin sicher, daß Heinz O. Vetter in der Reihe der großen Gewerkschaftsführer genannt werden wird.“

Richard von Weizsäcker, Regierender Bürgermeister und Vorsitzender der Berliner CDU, dankte bei dieser Gelegenheit allen CDU-Mitgliedern, die sich in den DGB-Gewerkschaften engagieren. Die CDU müsse verstehen, daß diese Mitglieder in der Loyalität ihrer Gewerkschaft verpflichtet seien und müsse ihnen für ihre Arbeit dort den Rücken stärken.

In einer vielbeachteten Rede zur Eröffnung des DGB-Kongresses hatte Richard von Weizsäcker die Faszination der Freiheit, des Rechtsstaates und der sozialen Gerechtigkeit hervorgehoben. Unter dem Beifall der Delegierten sagte er: „Mit diesem Gut müssen wir im freien Berlin um so verantwortlicher umgehen, als auch Deutsche im anderen Teil der Stadt, in Polen und in vielen anderen Ländern ihrerseits auf dieses Recht hoffen. Sie spüren sehr genau, daß diese ihre Hoffnung um so besser begründet bleibt, je besser wir, die wir die Freiheit haben, diese Freiheit auch als eigene Verantwortung verstehen.“

Bundespräsident Karl Carstens hatte zur Eröffnungsfeier des Kongresses den Kampf der Gewerkschaften für ein demokratisches Staatswesen, für gleiche Rechte aller Staatsbürger und die soziale Bescherstellung der Arbeitnehmer hervorgehoben. Die Einheitsgewerkschaften seien aus den Erfahrungen der Weimarer Republik entstanden. Parteipolitische Unabhängigkeit sei die Voraussetzung von Einheitsgewerkschaften, sagte Carstens und fügte hinzu: „Unabhängig von Parteien zu sein, ist eine Forderung, die nicht immer leicht zu erfüllen ist; wir alle wissen es. Aber sie bildet das unverzichtbare Gegenstück zur Idee der Einheitsgewerkschaft. Wer das eine vom anderen trennt, gefährdet beides.“ Der Bundespräsident richtete einen beschwörenden Appell an alle Be-

teiligten, jetzt ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Er sagte unter dem Beifall der Delegierten: „Wenn wir in unserem Lande und in unserer Gesellschaft jedem Abiturienten die Möglichkeit geben zu studieren, dann müssen wir Mittel und Wege finden, um jedem anderen Schulabgänger, der einen Beruf erlernen will, auch dazu die Möglichkeit zu geben.“

Der neu gewählte DGB-Vorsitzende nannte die Gewerkschaften eine „Gegenmacht zur Unternehmertum“. Zur Klarstellung fügte er hinzu: „Das andere ist die Frage, ob Gewerkschaften auch im parlamentarischen System Gegenmacht auszuüben hätten. Diese Frage will ich verneinen. Macht, die dem Parlament zukommt, Macht, die zum Regieren gehört, diese Macht ist — im Gegensatz zur Unternehmertum — demokratisch legitimiert; sie ist abrufbar, und jeder Bürger kann sich an ihrem Zustandekommen beteiligen.“

Kernkraft als Retter des Waldes?

Ist die Kernenergie der Retter des deutschen Waldes? Droht der Bundesrepublik ohne Einsatz der Atomkraft das Schicksal der Versteppung, weil die Schwefelidoxyd-Schwaden aus den Kaminen der Kohlekraftwerke die Bäume töten? Die CSU-Abgeordneten im Bayerischen Landtag beantworteten in einer aktuellen Stunde zum Thema Baumsterben diese Fragen uneingeschränkt mit Ja. Auch einige SPD-Parlamentarier schlossen sich diesem Gedanken an.

So meinte der SPD-Abgeordnete Franz Wilhelm Kick: „Wir müssen über den Einsatz der Kernenergie neu nachdenken und vielleicht auch Positionen aufgeben.“ Und sein Fraktionskollege Xaver Wolf fand es bedauerlich, „daß man gegen das Waldsterben nicht mit gleicher Schärfe protestiert wie gegen die Kernenergie“.

STICHWORT:

Jugendarbeitslosigkeit

Im April 1982 waren 135 949 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet. Das sind 56,3% mehr als im April des vergangenen Jahres.

Für diese dramatische Verschlechterung gibt es drei Ursachen:

— Die verschlechterte Wirtschaftslage zwingt die Unternehmen, weniger, aber berufserfahrene Arbeitnehmer zu beschäftigen. Dadurch sind die Einstellungschancen für junge Arbeitnehmer geringer geworden.

— Die Jugendarbeitslosigkeit ist vielfach ein regionales Strukturproblem. In Flächenstaaten mit langfristig gesättigter ArbeitskräfteNachfrage und mit einer schmalen Palette von Berufsfeldern sind junge Menschen besonders betroffen. Erschwendend wirkt sich das Berufswahlverhalten vieler Jugendlicher aus; 1981 haben sich 73% der Jungen und 83% der Mädchen mit ihren Berufswünschen auf 27 bzw. 25 von insgesamt 450 anerkannten Ausbildungsbereichen konzentriert.

— Jugendarbeitslosigkeit entsteht zunehmend durch den Mangel an Ausbildungsplätzen. Die Anzahl der Auszubildenden ist in den letzten zehn Jahren um 500 000 gestiegen, die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Wirtschaft hingegen um 750 000 gesunken. 1971 haben Handwerk, Handel und Industrie 5,2 Milliarden Mark für die berufliche Erstausbildung aufgebracht. Diese Ausgaben sind 1980 auf über 20 Milliarden angestiegen. Heute müssen für einen Ausbildungsplatz monatlich 1 000 Mark fixe Kosten veranschlagt werden. Diese Ausbildungsinvesti-

tionen können von der Wirtschaft nur aufgebracht werden, wenn eine entsprechende Ertragslage gegeben ist.

Die CDU schlägt vor:

1. Vorrangiges Instrument zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit ist eine wirtschaftspolitische Kurswende, durch die Investitionshemmnisse beseitigt und investitionsfreundliche steuerliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.
2. Unnötige Vorschriften, die Ausbildungsplätze vernichten oder verhindern, müssen aufgehoben werden. An die Ausbildung in der gewerblichen Wirtschaft werden nämlich formale Qualitäts- und Qualifikationsanforderungen gestellt, die um ein Mehrfaches höher liegen als bei staatlichen Ausbildungsplätzen.
3. Die Berufsinformation in der Schule muß verbessert werden. Nur so wird es möglich sein, ein höheres Maß an Flexibilität und Mobilität bei jungen Menschen zu erreichen.
4. Der ausbildenden Wirtschaft muß durch ein Programm zur Förderung der betrieblichen Ausbildung die notwendige Hilfe gegeben werden, um auch in Zeiten ungünstiger Ertragslage jungen Menschen eine berufliche Chance bieten zu können.
5. Jugendliche mit abgebrochener oder gar ohne Berufsausbildung sind besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Für sie müssen gezielte Hilfen angeboten werden.
6. Die Bundesunternehmen und die Unternehmen mit Bundesbeteiligung müssen die gleichen Ausbildungsanstrengungen unternehmen wie die Wirtschaft. Im März 1981 hatte die Bundesregierung zugesagt, das Ausbildungsplatzangebot in diesem Bereich um 11% zu erhöhen; tatsächlich erreicht wurde aber nur eine Zunahme um 2,4%.

Großdemonstration: Gemeinsam für Frieden und Freiheit



**5. Juni '82
in Bonn,
Hofgarten**

"Wir wollen am 5. Juni zusammen mit unseren Familien und unseren Freunden, mit Frauen und Kindern in Bonn,

● für unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat

● für den Frieden in Freiheit bei uns und überall in der Welt demonstrieren.

Wir wollen deutlich machen, daß Frieden und Freiheit für uns unauflöslich zusammengehören.

Das Atlantische Bündnis beruht auf dem Fundament gemeinsamer Werte und Grundüberzeugungen: auf den Prinzipien der Demokratie, der Herrschaft des Rechts, der Freiheit der Person, der sozialen Gerechtigkeit und der universalen Menschenrechte, darunter dem des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Orientierungslosigkeit und Zukunftspessimismus bei Teilen unserer Bürger sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß diese Werte seit Jahren inhaltlich verändert und ausgehöhlt werden.

Wir demonstrieren am 5. Juni

- für die Erhaltung der Freiheit
- für die Sicherung des Friedens
- für Abrüstung in Ost und West
- für das westliche Bündnis
- für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten
- für die Gemeinschaft des freien Europas
- für mehr Gerechtigkeit in der Welt

Die Demonstration wird ein Signal dafür sein, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen sich für diese Ziele einsetzt.

Wir rufen alle auf, sich an dieser Demonstration zu beteiligen und der Welt das wirkliche Bild von Deutschland zu vermitteln. Die Freiheit, die wir lieben, und der Friede, den wir wollen, brauchen unser Engagement.

Machen auch Sie mit!"

Helmut Kohl

CDU
II *sicher
sozial
und frei*

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Peinlich

„Hamburg läßt Helmut nicht im Stich“ — so prangt es, nachdem des Kanzlers Name im Hamburger Wahlkampf zunächst keinen plakativen Ausdruck fand, seit wenigen Tagen überlebensgroß auf riesigen Werbetafeln. Die Genossen an Elbe und Alster wollen mit der Person des Bonner Regierungschefs erreichen, daß ihnen die Macht im Hamburger Rathaus nicht verlorengeht und auch die Herrschaft am Rhein erhalten bleibt.

Gerade diejenigen aber, die jetzt bitten, Helmut Schmidt nicht im Stich zu lassen, haben dies selber oft genug getan. Sie haben Beschlüsse gefaßt, die dem politischen Konzept Schmidts widersprachen. Sie haben gegen ihn gestickt, ihn kritisiert, ihn allein gelassen.

Jemanden erst zu treten und ihn dann, wenn er als Zugpferd für den Wahlkampf gebraucht wird, hochzuheben und zu loben — das muß eigentlich für beide Seiten, den Gelobten wie die Lobenden, eine peinliche Sache sein. Aber wenn es um Mehrheiten geht, geraten offenbar

politische Sensibilität und menschliche Aufrichtigkeit ins Hintertreffen.

Ob sich allerdings mit derartiger Unaufrechtheit bei den Wählern noch ein Stich, vielleicht sogar der entscheidende Stich zum Gewinn des Machtspiels erzielen läßt?

Kölnische Rundschau, 24. Mai 1982

Für die Freien Demokraten könnte es in Hamburg ein böses Erwachen geben. Die Partei mit dem höchsten Anteil von lose gebundenen Anhängern erlebt in diesen Monaten einen raschen Abfall der Wählergunst. Allensbach notiert sie für April nur noch mit 6,6 Prozent nach 11,1 Prozent im Januar. Daß die FDP nun auch in den Abwärtssog der SPD geraten ist, kommt nicht unerwartet. Seit Dezember ist ein deutlicher Anstieg der Meinung zu beobachten, daß es „möglichst bald zu einem Regierungswechsel“ kommen sollte (zuletzt 44 Prozent der Befragten), weil man der amtierenden Regierung eine Lösungskompetenz nicht mehr zutraut. Verluste von Altliberalen an die CDU, die von Monat zu Monat zugewinnt, daneben Verluste von jungen Leuten an die Grünen und von linken Anhängern an die SPD, die sich neuerdings wieder etwas gefangen hat: Genschers vieldeutiger politischer Kurs wird für seine Partei langsam kostspielig.

Frankfurter Allgemeine, 24. Mai 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.